

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erst erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.35
monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr vierteljährlich M. 1.35,
außerhalb desselben M. 1.35,
hievon Bestellgeld 30 Pfg.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Verkundigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle etc.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg., die Klein-
spaltige Form und Zeit.
Reklamen 15 Pfg. die
Pettzeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 297.

Samstag, den 19. Dezember

908.

Die Zeiten sind ernst.

doch sind sie günstig für die Arbeit der freigesinnten Presse. Mit neuer Kraft hat der Kampf um die Rechte des Volkes eingesetzt und demokratisches Wollen hat Wurzel gefasst im deutschen Reiche.

Jetzt gilt es, diese Wurzeln zu pflegen, daß sie zu einem starken Baume staatsbürgerlicher Freiheit heranwachsen können. In der vordersten Reihe der Arbeiter um dieses schöne Ziel steht die demokratische Zeitung. Ihre Aufgabe und ihre Pflicht ist es, durch sorgfältige Beobachtung und klares Urteil, diejenige Aufklärungsarbeit zu leisten, die des Lesers Denken schärft und ihn zum Mitstreiter macht für wirtschaftlichen und kulturellen Wohlstand, für Freiheit, und für Recht. Der

Freie Schwarzwälder

ist ehrlich bestrebt, in diesem Sinne zu wirken und er erbittet sich im Hinblick auf das kommende neue Quartal die Unterstützung seiner bisherigen Freunde und aller, die desselben Sinnes sind.

Neben diesen allgemeinen Gesichtspunkten kommt der Freie Schwarzwälder

den Aufgaben einer modernen Tageszeitung nach. Er berichtet rasch und prompt, widmet den Fragen des engeren Vaterlandes erhöhtes Interesse und bietet eine anerkannt literarisch hochstehende Unterhaltungslektüre.

Bestellungen auf den Freien Schwarzwälder können bei jeder Postanstalt, bei unseren Trägerinnen und bei der Expedition des Blattes gemacht werden.

Rundschau.

Massenausperrung in Mannheim.

Aus Mannheim wird gemeldet: Die gestrige Versammlung der ausständigen Arbeiter des Strebelwerkes lehnte nach turbulenten Erörterungen, allen Ermahnungen der Organisationsleiter und eines Vorstandsmitgliedes der Metallarbeiterorganisation zum Trotz die Bedingungen des Industriellen-Verbandes ab, so daß nunmehr die Aussperrung über etwa 14000 Arbeiter des Industriebezirks Mannheim-Ludwigshafen-Frankenthal verhängt wurde. 428 Arbeiter hatten abgestimmt, davon 397 gegen, 31 für die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Angehörigen der christlichen Gewerkschaften hatten sich der Abstimmung enthalten. Man führt den folgenschweren Entschluß zum Teil auf die Quertreibereien der Lokalfisten (Anarcho-Sozialisten) zurück, die seit einigen Monaten im Gebiet des Industriehafens eine intensive Werbearbeit entfalten.

Dr. Schüding

hat bekanntlich sein Entlassungsgesuch eingereicht. Er beabsichtigt nun, sich in Dortmund als Rechtsanwalt niederzulassen. Man nimmt an, daß Herr Schüding, da die von ihm eingelegte Berufung einer sofortigen Amtsniederlegung formell im Wege stehen würde, diese Berufung zurückziehen und daß dann auch die Staatsanwaltschaft diesem Beispiel folgen wird. Damit würde das Disziplinarverfahren erledigt, und, auch nach der Verkündung der freisinnigen Offizien, für die parlamentarische Erörterung des Falls kein Hindernis mehr vorhanden sein.

Invalidenversicherung.

Zur Beratung von Verwaltungsfragen der Invalidenversicherung trat im Reichsversicherungsamt unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Kaufmann eine Konferenz von Vertretern der Landesversicherungsämter, der Invalidenversicherungsanstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen zusammen. Die Konferenz beschäftigte sich zunächst mit dem Mißstand des Eintritts älterer Personen in die Versicherung, die alsbald um eine Rente einkommen. Es bestand Einverständnis darüber, daß die Versicherungsträger der Angelegenheit Aufmerksamkeit zuwenden müßten. Alsdann wurde eine

Kommission mit der Feststellung von Mustern zur ärztlichen Begutachtung und zu Anträgen auf Berücksichtigung einer Invalidenrente beauftragt. Die Versammlung verwarf die Aufstellung einheitlicher Grundsätze für die Bewilligung von Heilverfahren. Mit Bezug auf den Alkoholmißbrauch wurde eine sorgfältige Auswahl der in Fürsorge zu nehmenden Personen empfohlen. Ferner wurde die Rugharmmachung der Fortschritte der medizinischen Wissenschaft für die Feststellung des Zustandes der Lungenkranken besprochen und eine lebhaftere Beteiligung der Versicherungsanstalten an der Bekämpfung des Lupus empfohlen. Dagegen wurde eine Beteiligung an den aus ärztlichen Kreisen angeregten Bestrebungen, leicht lungenkranke Arbeiter in Deutsch-Südwestafrika anzusiedeln nicht für angezeigt erachtet.

Eröffnung des ottomanischen Parlaments.

Am Donnerstag ist das türkische Parlament feierlich eröffnet worden. Aus Anlaß der Eröffnung war die Stadt Konstantinopel festlich geschmückt. Die Zeitungen brachten Begrüßungsartikel, in denen sie den Beginn einer neuen Epoche feierten. Die staatlichen Bureaus und viele private Geschäfte waren geschlossen. Freudig erregte Menschenmengen durchzogen die Straßen. Truppen rückten zur Spalierbildung aus. Die Eröffnung verlief ohne Zwischenfälle. Eine tausendköpfige Menge füllte alle Zufahrtsstraßen. Um 12 Uhr versammelten sich die Abgeordneten im Sitzungssaal. Vor der Präsidententribüne nahmen die Minister, die staatlichen und geistlichen Würdenträger, zur Rechten das diplomatische Korps, zur Linken die Senatoren Platz. Uniformen und bunte Talare boten ein farbiges eindrucksvolles Bild, aus dem sich die in ein weißes Gewand gekleidete Gestalt des Scheiks M. Isam abhob. Das diplomatische Korps hatte sich in der englischen Botschaft versammelt und fuhr geschlossen vor, der Botschafter Fehr v. Marshall als Dolmetscher an der Spitze. Kurz nach 1 Uhr erschien der Sultan, geleitet von mehreren kaiserlichen Prinzen und von der Versammlung stehend in lautloser Stille empfangen. Der erste Sekretär des Sultans verlas die Thronrede, die ihm der Großwesir überreichte.

In dieser heißt es u. a.: „Es ist unser lebhafter Wunsch, daß die Finanzen in Ordnung gebracht, das Gleichgewicht des Budgets hergestellt, die Wohlfahrt unseres Landes gefördert, die Zahl der Schulen vermehrt

„Nur durch die volle Wahrheit — reißt man zur Wahrheit.“
Robert Blum.

Schuldig oder nichtschuldig?

Roman nach E. M. Draeme von E. Felsing.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Dann war da noch ein schrecklicher Fall,“ sprach Madame weiter. „Wenn ich mich noch recht erinnere, so war es ein Wundarzt, der nicht nur seine Frau und seinen Freund vergiftete, sondern außerdem noch viele Verwandte beiseit schaffte — alles durch heimlich beigebrachtes Gift!“

„Das war freilich ein schändlicher Verbrecher,“ antwortete Monsieur, „doch die Vergiftungsfälle, die in England vorkommen, zählen wohl zu den furchtbarsten.“
Zimmer blässer wurde das schöne Gesicht. Nur mit verzweifelter Anstrengung konnte sie einen Bechschrei unterdrücken. Ein roter Nebel schien ihr vor den Augen zu schweben; ein Brausen wie von vielen Wassern war in ihren Ohren. O, wenn sie doch nur von etwas anderem sprechen wollten! Ihre Gemütsanspannung war zu groß.

„Ich glaube indes nicht, daß Giftmischerie speziell in England geküßt wird,“ meinte Monsieur trocken wieder, „es wird diese vielmehr den Italienern zugesprochen.“

„Der traurigste Fall, dessen ich mich entsinnen kann,“ sprach Madame St. Luce, „spielte sich in Schottland ab. Ich weiß nicht, ob du dich darauf beinnst, Louis. Eine junge Frau — fast noch ein Mädchen und sehr schön dazu — war angeklagt, ihren Gatten vergiftet zu haben. Es stellte sich bei der Verhandlung heraus, daß sie ihn nie geliebt hatte. Es herrschte damals die größte Aufregung darüber.“

„Ich kann mich wirklich nicht mehr darauf bein-

nen,“ sagte er nachdenklich, „obgleich ich doch stets alle englischen Zeitungen lese. Wie lange ist das her?“

„Es kann fünf, sechs, aber auch schon sieben Jahre her sein,“ antwortete Madame. „Ich weiß es nicht mehr genau. Aber du mußt es gelesen haben, Louis; die halbe Welt befand sich ja damals in Aufregung darum; alles interessierte sich für diesen Fall. Er hatte solch sonderbaren Schluß. Derselbe enttäuschte alle Welt, denn er gewährte niemandem Befriedigung, — ich glaube, selbst der Angeklagte nicht.“

„Wie lautete er denn?“ forschte ihr Gatte mit unerkennbarem Interesse.

„Es war der alte schottische Urteilspruch“, erwiderte sie. „Er lautete weder „Schuldig“, noch „Nichtschuldig“, sondern: „Nicht erwiesen!““

„Manchmal ein gnädiger Spruch“, antwortete Monsieur. „Aber ich kann mich dieses Falles beim besten Willen nicht mehr erinnern, Eugenie.“

„Du hast ihn nur vergessen“, erklärte Madame, „und erinnerst dich sicher an ihn, wenn ich dir sage: er war bekannt als „Das Geheimnis von Golde-Fell.““

Da wurde ein plötzlicher Knack hörbar, ein Glas fiel zu Boden, und Alice Kent sank ohnmächtig in ihren Stuhl zurück.

„Es ist durch die Hitze oder durch den starken Duft der Blumen gekommen!“ meinten Monsieur, Madame und Claire. Wer von ihnen hätte denn auch erraten sollen, daß diejenige, um welche sie sich mühten, keine andere als die unglückliche Heldin des „Geheimnisses von Golde-Fell“ selber war? Und daß in diesem Wort die Vergangenheit für sie heut noch wie damals lebte? Wenn sie sich dadurch nun doch noch einmal verriet — sich und ihr Geheimnis?

Sechzigstes Kapitel.

Freust du dich eigentlich wirklich, liebe Mama, oder ist dies nur Ende gar nicht der Fall?“ fragte Claire. „Du bist stets so lebenswürdig — sei, bitte, nicht böse, wenn ich das sage — du bist stets so lebenswürdig, daß ich nie recht weiß, ob dich eine Sache erfreut oder nicht.“
Madame lachte.

„Das ist ein Kompliment, in dem ein Stachel ver-

borgten liegt!“ rief sie. „Willst du dann sagen, daß ich nicht aufrichtig bin?“

„Wie könnte ich das wohl, Mama?“ entgegnete Claire. „Ganz gewiß nicht! Ich meine es in Wirklichkeit so, daß du so gültig, so liebenswürdig bist. Du unterdrückst jedes Gefühl von Verdruß und Abneigung so gut, daß ich nie genau weiß, was du in Wahrheit fühlst. Ich könnte dir in der Tat gar kein größeres Kompliment machen, liebste Mama, als indem ich dies sage!“

„Nun, dann will ich dir bekennen, daß ich mich aufrichtig freue!“ versetzte Madame. „Zwar ist der Graf nur ein entfernter Verwandter: eigentlich ist nur sein Vater mit meiner Mutter verwandt gewesen. Trotzdem freue ich mich sehr, daß er noch an mich denkt, und werde ihn mit Freuden empfangen.“

Eine gewisse Erregung hatte im Hause ein Brief hervorgerufen, den Madame St. Luce von dem Grafen von Arden erhalten hatte, des Inhalts, daß er durch Paris komme und sich freuen würde, ein bis zwei Tage mit ihnen zusammen zu sein. Beide, Madame St. Luce und ihr Gatte, waren über diesen Brief sehr erfreut gewesen.

Lord Arden hatte ihnen seit Jahren nicht geschrieben, sie auch nicht besucht. Er war noch ein kleiner Knabe gewesen, als er Les Fontaines einen Besuch abgestattet hatte und zwar in Begleitung seiner Mutter, der schönen Gräfin von Arden, die jetzt schon lange unter der Erde ruhte. Er hatte große Reisen gemacht. Er war in Indien gewesen, wohin er sich durch Beschreibungen und Schilderungen der großen Jagden hatte verlocken lassen. Er war in Afrika gewesen; er kannte den Nilstrom genau so gut wie den Rhein. Er hatte Amerika und Asien durchquert. Die Alte und die Neue Welt waren ihm gleich gut bekannt; doch nun hatte er den Entschluß gefaßt, sich in seiner Heimat, auf seiner herrlichen Besitzung Arden-Towers niederzulassen. Seine Heimreise nach England führte ihn durch Paris, und da er sich der St. Lucen noch in Dankbarkeit und Verehrung erinnerte, so schrieb er an sie und fragte an, ob sein Besuch ihnen angenehm sei. Sie waren beide sehr erfreut darüber, und Claire wurde nicht müde, immer neue Fragen über den großen englischen Grafen zu stellen, der die ganze Welt bereist hatte.

Fortsetzung folgt.

und diese selbst organisiert werden, zum Zwecke der Verbreitung von Literatur, Künsten und landwirtschaftlichen Kenntnissen. Ferner wünschen wir, daß unser Landheer und unsere Flotte vergrößert und vervollkommen werden, und wir hoffen auch, daß die Abgeordneten sich der Mühe unterziehen werden, die diesbezüglichen, von den verschiedenen staatlichen Departements auszuarbeiteten Gesetzentwürfen zu prüfen, um Gesetze zu schaffen, die der Genehmigung des Senats unterbreitet werden können. Indem wir unserem Lande Glück und Segen wünschen, wollen wir heute die Kammer eröffnen. Wir wünschen der Nation ein glückliches Gedeihen. Unser Verlangen, das Reich der Verfassung gemäß regiert zu sehen, ist fest und unabänderlich. (Langanhaltender Beifall und Hochrufe auf den Sultan.) Gott möge geben, daß die Arbeit der Deputiertenkammer dem Lande zum Segen gereicht! Möge das Reich jeglicher Wohlfahrt teilhaftig werden! Der Allerhöchste verleihe uns allen Erfolg! (Beifall.)

Nach der Verlesung wurde ein Gebet gesprochen, während die Kriegsschiffe im Hafen Salut schossen, Musil einsetzte und die Menge in Jubelrufe ausbrach. Nach der Beendigung des Gebets sprach der Sultan mit kaum vernehmbarer Stimme einige Worte, worauf er den Saal verließ. Die ganze Zeremonie hatte kaum eine Viertelstunde gedauert. Der Sultan, der den Weg zu Wagen zurücklegte, wurde auf der Hin- und Rückfahrt stürmisch begrüßt.

Der Streich der Legionäre.

Aus Oran wird gemeldet, daß der Anführer der desertierten Fremdenlegionäre, der sich Dienstagabend freiwillig der Gendarmerie von Saida gestellt hat, ein früherer deutscher Artillerieoffizier sein soll, der sich vor ungefähr 3 Monaten anwerben ließ, und angeblich Graf v. Rhode heißen soll. Einem Berichterstatter zufolge verläutet nun, daß der angebliche Graf v. Rhode bereits früher in der Fremdenlegion gedient habe und sich eigens wieder habe anwerben lassen, um die Reuterei ins Werk zu setzen. Der Befehlshaber der Division Oran, General Vianey, ist nach Saida abgereist, wo er die Untersuchung persönlich leiten will; denn er legt Wert darauf, aus den Aussagen der Desertureure möglichst bald festzustellen, welche Pläne sie mit ihrem Streich verfolgten. Eine weitere Depesche meldet, der angebliche Graf v. Rhode habe sich zunächst zu einem Gutbesitzer namens Rappart in Saida geflüchtet, der ein gebürtiger deutscher Schweizer sei. Man behauptet, Rappart sei evangelischer Pastor. Er baute vor kurzem in der Nähe seines Besitzes eine Kapelle, die häufig von den Legionären besucht wird. Auf dem Gute Rapparts sind übrigens zahlreiche ausgebildete Legionäre beschäftigt. Auch die noch in Dienst stehenden Legionäre deutscher Abkunft finden bei ihm stets eine gastliche Aufnahme. Sein Haus bildete eine Art Kasino für die Legionäre, die dort ihre Briefe zu schreiben pflegten. Die von den Blättern veröffentlichte Behauptung, daß die Reuterei auf die Treibereien einer Art Deserteuragentur zurückzuführen sei, scheint auf Rappart abzielen. Der Matin meldet übrigens, daß Rappart infolge der über ihn verbreiteten Gerüchte schon wiederholt Gegenstand eingehender Untersuchungen gewesen sei.

Tages-Chronik.

München, 17. Dez. Bei den heutigen Magistratswahlen wurden 6 Liberale, 2 Zentrumsmitglieder und 2 Sozialdemokraten gewählt. Auf die liberale Liste fielen 495 Stimmen, auf die des Zentrums 210 und die sozialdemokratische Liste 195 Stimmen.

Köln, 17. Dez. Der Ingenieur Paul Beech in Elberfeld hat ein neues Modell des lenkbaren Luftschiffes konstruiert, dem von Sachverständigen große Bedeutung beigelegt wird. Da sich eine Anzahl finanzkräftiger Herren bereit erklärt hat, die Kosten für den Bau aufzubringen, wird mit demselben bereits in Kürze begonnen werden.

Berlin, 17. Dez. Die Polizei hat den Veranstaltern der Schönheitsabende mitgeteilt, daß sie öffentliche Vereinsveranstaltungen für die Zukunft nur dann dulden könne, wenn der Verein im Sinne des § 33a der Gewerbeordnung für eine Konzession Sorge getragen habe. Nachdarstellungen sind unter allen Umständen verboten. Sämtliche preussische Polizeiverwaltungen sind angewiesen worden, nach denselben Grundsätzen vorzugehen.

Württembergischer Landtag. Kammer der Abgeordneten.

Stuttgart, 17. Dez.

Präsident v. Payer eröffnet die 126. Sitzung um 9.15 Uhr.

Man setzt die Beratung der
Volkschulnovelle
bei Art. I Abs. 2 fort.

Hausmann (Sp.): Er wolle nochmals darlegen, um was es sich bei der Verwendung von Ordensschwestern zum Unterricht handle. Es sei unnötig, die Lehrkräfte einer zweifachen Gewalt zu unterstellen, was der Stoff es nicht erfordere. Beim Religionsunterricht liege die Sache anders. Gröber erhebe den Vorwurf des Kulturkampfes seit zwanzig Jahren mindestens alle 2 Jahre einmal; er wisse, daß dieser Vorwurf eine erschauernde Bedeutung insbesondere auf die Zentrumspresse habe. Man mache in diesem Gesetze viele Konzessionen an das Zentrum; umso mehr müsse man die Grundzüge aussprechen, von denen man sich leiten lasse. Im Einverständnis mit seinen sämtlichen Parteifreunden (Schlage er folgende Resolution vor:

Die Kammer der Abgeordneten nimmt Kenntnis von den Erklärungen des Ministers des Kirchen- und Schulwesens über die bei Verwendung der Schwestern bisher maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und drückt die Erwartung aus, daß auch die Einführung der Volkschulnovelle keine Steigerung des Einflusses der Orden und Kongrega-

tionen auf das öffentliche Volksschulwesen im Besolge haben werde.

Vizepräsident Dr. v. Kiene (Z.): Er erkenne, daß die heute von Hausmann eingebrachte Resolution nach Inhalt und Zweck sich wesentlich unterscheide von der gestern von Hausmann an zweiter Stelle vorgeschlagenen Resolution. Das sei auch nötig gewesen, denn über die Wirkung der gestrigen Resolution hätte man sich nicht zu täuschen gehabt. Er sei erstaunt gewesen, daß der Minister gestern die Sozialdemokraten geradezu aufgefordert habe, auf dem Stuttgarter Rathhause die Abschaffung der Ordensschwester im Schuldienst zu beantragen, und daß er seine Genehmigung für einen solchen Beschluß in Aussicht gestellt habe. Das werde von den Katholiken als ein schwerer Schlag empfunden. Hilbenbrand habe im Jahre 1904 auch die Frage gestellt, ob die Schwestern ordnungsmäßig geprüft seien, und habe, als die Frage bejaht wurde, erklärt, er sei befriedigt.

Berichterstatter Dr. Hieber (d. B.): Seine Fraktion könne eine einache Erörterung dieser kirchenpolitischen Fragen im Zusammenhang mit der Schulnovelle nicht für erwünscht betrachten. (Gröber: Sehr richtig!) Seine Fraktion werde der heute vorgelegten Resolution zustimmen, da sie es für angezeigt halte, die Uebereinstimmung des Willens der Volksvertretung mit dem Standpunkt der Unterrichtsverwaltung zum Ausdruck zu bringen.

Hilbenbrand (Soz.): Die Meinung, die jetzt die Sozialdemokratie vertritt, sei seit Jahrzehnten in diesem Hause sogar von der Prälatenbank vertreten worden. Damals — Redner verliest eine frühere Rede des Herrn von Gemmingen habe man gehofft, daß die Kongregation die Schultätigkeit selber einstellen werde. Diese Hoffnung habe getäuscht. Die Resolution Hausmann genüge, um die Regierung zu veranlassen, den Standpunkt von 1875 auch weiterhin einzunehmen.

Kraut (B. R.): Der größere Teil seiner Freunde mache diese Demonstration nicht mit, wenigstens seine Fraktion mit dem Verwaltungsgrundfay der Regierung von 1875 prinzipiell einverstanden sei. (Beifall im Zentrum.)

Gröber (Z.): Die Hausmannsche Resolution sei jetzt so verwaschen, daß nichts mehr drin liege. Die Resolution solle nur die Hausmannsche Blamose von gestern abdecken. Das katholische Volk werde die gestrige Sitzung nicht vergessen, und den Demokraten werde sie noch oft aufliegen. (Beifall im Zentrum.) Hilbenbrand habe sich heute im Prälatenmantel gezeigt. (Heiterkeit.)

Mayer-Ulm (Sp.): Die weilsichtige und temperamentvolle Behandlung, welche die Resolution erfahre, beweise, daß sie nicht so nichtsagend sei. Die gesamte Linke verleihe die Hausmannsche Resolution, während der größere Teil des Bauernbundes zum Zentrum stehe. Das sei man gewöhnt.

Kultusminister v. Fleischhauer: Er bemerke gegenüber dem Abg. v. Kiene, daß er bei seinen gestrigen Ausführungen mit aller Wärme von der Tätigkeit der Ordensschwester gesprochen habe. Aber da, wo ein anderweitiger Ersatz vorhanden sei, sei es zweckmäßig, ihn bei Balancen eintreten zu lassen. Die Regierung habe keinen Grund, ihre grundsätzliche Stellung einer Revision zu unterziehen.

Hausmann (Sp.): Kraut stecke den Kopf in den Sand wie der Vogel Strauß. Dem Abg. Gröber habe offenbar die entgegenkommende Haltung Kiene's nicht gefallen, deshalb habe er mit den satten Farben aufgetragen, die man an ihm gewohnt sei, und die Debatte geschürt, wie er überhaupt ein Meister des Schürens solcher Gegenstände sei. Gröbers Stellung enthalte eine grobe innere Ungerechtigkeit, weil er den Inhalt der Resolution verkenne. Der Beweis, den Gröber für den Kulturkampf habe erbringen wollen, sei völlig mißlungen. Gröbers Entrüstung stehe im Widerspruch mit der Behauptung, daß die Resolution nichtsagend sei. Gröber werde diesen Widerspruch nicht erklären, aber wir verstehen ihn. (Beifall.)

Reinbold-Kalen (Zentr.): Der Bauernbund habe recht, wenn er sich nicht als Vorspann der Volkspartei bezeichnen lasse. Mayer habe den Unfian behauptet, daß der Staat nicht kirikalisiert werden dürfe. Mit solchen Mäßen solle Mayer den Ulmer Demokraten kommen. Mayer müsse immer dabei sein, wenn es sich um katholische Dinge handle.

Präsident v. Payer: Ich glaube, gehört zu haben, daß der Redner sagte: Mayer solle nichts so unsinniges behaupten. Wenn das richtig ist, so muß ich diesen Ausdruck tilgen. Das darf man von einem Kollegen nicht sagen.

Nach weiteren Ausführungen des Abgeordneten von Kiene (Zentr.) polemisiert Gröber (Zentr.) nochmals gegen Hausmann.

Kraut (B. R.): Er und die Mehrheit seiner Freunde bleiben auf ihrem Standpunkt.

Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingelaufen. Mayer-Ulm (Sp.) verteidigt sich noch kurz gegen den Angriff, als ob er immer dabei sein müsse, wenn es sich um katholische Dinge handle. Das Zentrum verwechselte dabei Zentrum und Katholizismus.

Damit schließt die Debatte.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Heymann (Soz.): Die Worte „sofern für diesen Unterricht nicht anderweitig gesorgt ist“ zu streichen, abgelehnt. Der Antrag Käbel, die Worte einzuschalten: „Mit Genehmigung des Oberschulrats“ wird angenommen, ebenso in dieser Fassung der Kommissionsantrag.

Die Resolution Hausmann wird in namentlicher Abstimmung mit 45 gegen 35 Stimmen angenommen. Dafür stimmen deutsche Partei, Volkspartei, Sozialdemokratie und vom Bauernbund Bergler von Berglas und Graf-Heidenheim.

Man kommt an Abs. 3 des Entwurfs. Derselbe lautet: Hiesu tritt in den gehobenen Volksschulen (Mittelschulen) der Unterricht in einer fremden Sprache.

Berichterstatter Dr. Hieber (d. B.): Die Mittelschulen seien keine besondere Schulgattung, sondern gehobene Volksschulen. Die Mehrheit der Kommission sei mit der Eingliederung der Mittelschulen in das Volksschulgesetz einverstanden.

Heymann (Soz.): Den Mittelschulen müsse man eine richtige architektonische Grundlage geben. Grundsätzlich stehe

seine Partei auf dem Standpunkt der Einheitschule, womit aber keine Gegnerschaft gegen höhere Schulgattungen ausgedrückt sei.

Dr. Elsas (Volksp.): Seine Partei stimme dem Kommissionsantrag zu.

Kultusminister v. Fleischhauer betont, es gehe nicht an, die Mittelschulen grundsätzlich aus dem Rahmen der Volksschulen herauszuheben. Die höhere Entwicklung des Volksschulwesens sei durch den Entwurf nicht verhindert.

Der Absch wird angenommen. Hey (Volksp.) hat den Antrag eingebracht, hinter Abs. 3 einen weiteren Absch einzuschalten mit dem Wortlaut:

„Zum Besuch des Religionsunterrichts kann ein Kind, das vermöge seiner Familienghörigkeit keiner anerkannten Religionsgemeinschaft angehört, gegen den Willen des Vaters oder sonstiger Erziehungsberechtigter nicht angehalten werden.“

Er zieht aber diesen Antrag zurück zu Gunsten eines Antrags Dr. Späth (Zentr.):

„Zum Besuch des Religionsunterrichts kann ein Kind, das keiner Religionsgemeinschaft oder einer solchen angehört, für die in der Schule Religionsunterricht nicht erteilt wird, gegen den Willen des Vaters oder sonstiger Erziehungsberechtigter nicht angehalten werden.“

Dr. Elsas (Volksp.) beantragt: Statt „Schule“ zu sagen: „in der von dem Kinde besuchten Volksschule.“

Heymann (Soz.) nimmt einen früher von Hey eingebrachten Antrag wieder auf:

„Zum Besuch des Religionsunterrichts können die Kinder gegen den Willen der Eltern oder sonstigen Erziehungsberechtigten nicht angehalten werden.“

Berichterstatter Dr. Hieber (d. B.): Nach dem Antrag Dr. Späth solle eben der bekannte Dissidentenerlaß ein Bestandteil des Gesetzes werden.

Kultusminister v. Fleischhauer: Sachlich könne er gegen den Antrag Dr. Späth nichts einwenden. Er habe aber Bedenken, den Dissidentenerlaß in diesem Zusammenhang geschloßlich zu kodifizieren.

Heymann (Soz.) begründet seinen Antrag.

Liesching (Volksp.): Er begreife nicht, warum der Kultusminister sich dagegen sträube, daß die Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werde.

Kultusminister v. Fleischhauer: Die legislativische Regelung dieser Frage sei mit fast unlöslichen Schwierigkeiten verknüpft.

Dr. Wolff (B. R.): Seine Fraktion lehne den Antrag Heymann ab. Für den Antrag Dr. Späth wolle er und seine Freunde trotz aller bestehenden Bedenken stimmen.

Gröber (Zentr.) empfiehlt dann den Antrag Dr. Späth als ein geeignetes Mittel zur gesetzlichen Regelung einer Frage, über die man sich einig sei.

Der Antrag Heymann wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, der Antrag Dr. Späth findet unter Annahme des Antrags Dr. Elsas einstimmige Annahme.

Hier wird abgebrochen. — Morgen vormittag 9 Uhr Fortsetzung. — Schluß 1.15 Uhr.

Aus Württemberg.

Aus der Finanzkommission. Da das Schullehrerseminar in Badnach spätestens Mai 1909 eröffnet werden soll, bis dahin der neue Etat aber voraussichtlich nicht fertig sein wird, werden in einem fünften Nachtrag für die Finanzperiode 1907—1909 17 308 Mark verlangt. Rektor und Schuldienner sollen schon auf 1. März angestellt werden. Das Seminar soll drei Jahrgänge zu je 30 Schülern umfassen. Präparandenanstalt ist keine dabei. Referent ist v. Gauß, der Genehmigung beantragt. Gröber fragt an, ob das Seminar nicht größer gebaut und für mehr Jöglinge eingerichtet werden könne. Ähnlich spricht sich Käbel aus und fragt, ob die Angliederung der Präparandenanstalt noch in weiter Ferne sei. Staatsminister v. Fleischhauer meint, die erste Frage hänge mit der Exigenz nicht zusammen, das zweite hängt von der allgemeinen Entwicklung unserer Staatsfinanzen ab. Die Größe der Klassen habe ihre Grenzen. Es könne sich also nur um zweite Klassen und um eine Verdoppelung handeln. Hieber weist darauf hin, daß nicht zu viele Jahrgänge untergebracht werden können und in einer Klasse nicht zu viel Köpfe. Liesching: Im Hohenloheschen sei eine Reihe von Schlössern käuflich. Er erinnert an die theologischen Seminare. Fleischhauer: Diese alten Bauten entsprechen den hygienischen Anforderungen vielfach nicht. Heymann: Könnte nicht durch Aufbau eines weiteren Stockwerks geholfen werden? Fleischhauer: Die neuen Gebäude sind dreistöckig, bei einem Stock mehr könnten also nur ein Drittel mehr statt der doppelten Anzahl aufgenommen werden. Bei letzterem müsse man auch noch an die in der Stadt wohnenden Schüler denken. Das wäre zu viel für eine Oberleitung. Reinbold-Kalen: Von den fränkischen Schlössern könnte nur Kirchberg in Betracht kommen. Liesching: Der Ankauf eines solchen Schlosses könnte z. B. auch für eine Anstalt für Epileptische dienen. Wolff: Es sei zweifelhaft, ob die alten Gebäude mit schlechter Hygiene, wenn sie für Seminaristen nicht passen, für Kranke passen sollen, z. B. Epileptiker oder schwachsinrige. Fleischhauer: Für die Seminaristen ist es auch nicht gerade anmutend, wenn sie in großen Kavernen untergebracht werden. Die Position wird verwilligt. Zum Schluß werden noch Reserate verteilt.

Gegen die Lichtsteuer. Die Handwerkskammer Reutlingen hielt am 15. eine Vollversammlung ab. Zur geplanten Besteuerung von Elektrizität und Gas erstattete Sekretär Freitag das Referat. Die Kammer faßte sodann folgenden einstimmigen Beschluß: Die Handwerkskammer Reutlingen sieht in der geplanten Besteuerung von Elektrizität, Gas und von Beleuchtungsmitteln eine durch nichts gerechtfertigte einseitige Belastung von Industrie und Gewerbe, die in ihren Wirkungen insbesondere dem auf den Elektromotor angewiesenen Kleinere-